

Zoll und Bundeswehr leisten Amtshilfe

Flüchtlinge Minister signalisieren Unterstützung, um Asylanträge schneller abarbeiten zu können.

Der Andrang der Flüchtlinge fordert die staatlichen Stellen zunehmend heraus – vielerorts wird schon eine Überlastung beklagt. In der Bundesregierung häufen sich daher die solidarischen Maßnahmen. So will Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) zügig 50 Zollbeamte zum Bundesamt für Migration (BAMF) abstellen, um die Bearbeitung von ungefähr 250 000 unerledigten Asylanträgen zu beschleunigen. Die Arbeitnehmervertreter ziehen mit: Der Chef der Zollgewerkschaft (BDZ), Dieter Dewes, unterstützt die Amtshilfe der auf Ausländerrecht spezialisierten Zollbediensteten – zumal sie nur vorübergehend geplant ist und auf sechs Monate befristet wird. Eine eindeutig definierte Hilfe sei „aus der gesamtstaatlichen Verantwortung heraus“ akzeptabel, sagte er.

Auch die Truppe ist derzeit sehr gefragt: Das Verteidigungsministerium beordert vorübergehend 150 Angehörige der Truppe zum Bundesamt für Migration, die den Stau der Asylanträge abbauen sollen. Ministerin Ursula von der Leyen (CDU) hatte jüngst bei einem Besuch der Grünten-Kaserne in Sonthofen zugesagt, „konsequent maximale Kulanz zu zeigen“. Sie wolle auch „so tief wie möglich graben“ in den Unterkünften, um zu sehen, wie die Bundeswehr den Kommunen helfen könne.

In 16 Kasernen werden bisher Unterbringungsmöglichkeiten bereitgestellt. Bundesweit bieten die Streitkräfte derzeit 8000 Menschen eine vorübergehende Bleibe, zudem ärztliche Versorgung. Vielfach kommen Bundeswehrzelte aus den Materialdepots zum Einsatz – 15 von ihnen wurden gerade in Halberstadt auf dem Gelände der Zentralen Anlaufstelle für Asylbewerber errichtet. Insgesamt haben Soldaten bisher 141 Zelte in Hamburg, Brandenburg und Sachsen-Anhalt aufgebaut.

Überlastet sieht sich nicht zuletzt die Bundespolizei – fast täglich greift sie Dutzende illegal eingereiste Ausländer im Grenzgebiet auf. 90 Flüchtlinge waren es am Montag allein in Sachsen. Mit der Registrierung kommen die Beamten kaum noch hinterher. Innenminister Thomas de Maizière (CDU) schickt daher zur Entlastung 100 Bundespolizisten nach Bayern. Kritik hat er sich damit von der Gewerkschaft der Polizei (GdP) eingehandelt, aus deren Sicht nun neue Lücken in den heimatischen Dienststellen entstehen.

Deshalb fordert die GdP nicht nur mehr Personal für die Bundespolizei, sondern regt auch an, dass an der deutsch-österreichischen Grenze ebenso Zollbeamte aus helfen sollen. Damit läuft sie wiederum bei der Zollgewerkschaft auf. Deren Chef Dewes hält das Vollzugspersonal bereits für ausgelastet. Darüber hinaus nehme es schon grenzpolizeiliche Aufgaben wahr. ms

Quelle: Stuttgarter Zeitung v. 19.08.2015

Autor: Matthias Schiermeyer

Mit freundlichen Genehmigung der MHS Medienholding Süd GmbH